

## „Ehe“ für homosexuelle Frauen und Männer?

Doris Hauberger

Als erstes Land der Welt hat Dänemark 1989 eine gesetzlich anerkannte Form der Partnerschaft zwischen Menschen des gleichen Geschlechts geschaffen, die der heterosexuellen Ehe gleichgestellt ist. Einzige Ausnahme ist das Recht auf Adoption von Kindern.

Seit 1. Oktober 1989 können sich nun homosexuelle Paare registrieren lassen. Zumindest seit diesem Zeitpunkt wird die „Homosexuelle Ehe“ unter Lesben (und Schwulen) auch bei uns diskutiert. Es wurde sogar bereits probegehandelt! Die österreichische Öffentlichkeit wurde mit homosexuellen Ehegattinnen und Ehegatten in Frack und Brautkleid, wobei die beiden Frauen respektive die beiden Männer jeweils einander angehörten, konfrontiert. Dies anlässlich der von der Wiener „Homosexuellen Initiative“ (HOSI) veranstalteten großen Festparade auf dem Wiener Stock-Im-Eisen-Platz am 30. Juni 1989. Es war eine Aktion, die – wie in der Vereinszeitung der HOSI (Lambda-Nachrichten 3/89) zu lesen war – „viele Sympathiebezeugungen“ einbrachte. Am Titelblatt prangte das Bild der ihre Schleier vor dem Kuß lüftenden jungvermählten lesbischen Gattinnen.

Nicht nur in der lesben- und schwulenbewegten, sondern auch in der lesbisch-feministischen Szene wird da und dort mehr oder weniger laut die Forderung ausgesprochen, auch in Österreich sollte die Ehe für homosexuelle Frauen und Männer ermöglicht werden. PolitikerInnen werden nach ihren diesbezüglichen Einstellungen und ihrer Handlungsbereitschaft befragt. Für die Massenmedien sind es auf jeden Fall News, ein lustiges Spektakel. Unsere Liebe läßt sich sowohl als Homo- als auch als Home-Story vermarkten.

Alle affirmativen Argumente gehen von der Unterdrückung der Homosexualität in einer homophoben und heterosexistischen Gesellschaft aus. Dabei tritt die ehemals radikal formulierte Forderung nach gesellschaftlicher Veränderung in den Hintergrund. Die BefürworterInnen der „homosexuellen Ehe“ erwarten sich eine höhere soziale Anerkennung, eine Stärkung des Selbstwertgefühls, Zunahme der Lebensqualität, Abnahme von Identitätsproblemen und bei Schwulen in Hinblick auf AIDS auch eine Stärkung der Zweierbeziehung. Der Vorteil der registrierten Partnerschaft ist ohne Zweifel die Beseitigung der evidenten wirtschaftlichen Benachteiligung homosexueller Partnerschaften im Steuer-, Erb-, Miet- und Sozialversicherungsrecht. Homosexuelle Menschen gelten vor dem Gesetz als Einzelpersonen, selbst wenn sie lebenslänglich aneinander gebunden sind. Sie und ihre Beziehungen erfahren in der

sozialen Umwelt vielfältigste Formen von Diskriminierung und im allgemeinen eher Unverständnis als Würdigung. Nach dieser Würdigung mittels des aus der patriarchalen heterosexuellen Kultur stammenden Ehebeschlusses zu streben, halte ich jedoch für problematisch.

Mittlerweile haben sich im Zuge ihrer Emanzipationsbestrebungen die Homosexuellen beiderlei Geschlechts weitgehend von engen Moral- und Beziehungsnormen befreit. Abgesehen von einem allgemeinen Trend in unserer Kultur, der in die gleiche Richtung geht, haben sich sowohl in der lesbischen als auch in der schwulen Subkultur eigenständige, gleichgeschlechtlichen Beziehungen angemessene Umgangsformen entwickelt. Diese Beziehungskultur hat Geschlechtsrollen und die Monogamie weitgehend überwunden und unterscheidet sich in vieler Hinsicht vom Ehemodell.

Historisch betrachtet ist die Ehe lange Zeit ein Privileg der Besitzenden gewesen und wurde erst im 20. Jahrhundert zur statistischen Norm. Daraus leitet sich ihr gesellschaftlicher Status ab, der in den 50er und 60er Jahren seine Blüte erlebte, und seit Beginn der 70er Jahre wieder schwand. Unter dem Aspekt, daß Homosexuelle historisch ausnahmslos aus der Ehe ausgeschlossen waren, ist die Ehe für Lesben/Schwule tatsächlich eine Errungenschaft. Andererseits besteht berechtigt die Befürchtung, daß es sich um Assimilation handelt, deren Folge eine Beeinträchtigung homosexueller Lebenskultur ist. Aus lesbischer Perspektive bleibt zu bedenken, wie sehr die Argumentation für die „Homosexuelle Ehe“ mit Bemühungen um eine liberale AIDS-Politik verknüpft ist. Eheschließung erleichtert schwulen Männern – als von AIDS stark Betroffenen –, die Zweierbeziehung attraktiver zu finden als je zuvor. Diese Beziehungsform wird von Staat und Gesellschaft aufgewertet. Zugleich aber ermöglicht die der Ehe zugeschriebene Verbindlichkeit, bei unveränderter Homophobie gesellschaftliche Verantwortung und die Belastung von Krankheit, Siechtum und Tod verstärkt auf die schwule Beziehung – also ins Private – abzuschieben. Wir Lesben müssen uns die Frage stellen, ob wir uns im Sog dieser Politik wohl fühlen und ihre Inhalte unterstützen.

Die Ehe und der Ehebegriff sind gegenwärtig einem starken Wandel unterworfen, dessen Ausdruck gerade der Versuch ihrer Ausweitung auch auf gleichgeschlechtliche PartnerInnen sein könnte. Eine einstmals unerreichbare Pretiose, die – mittlerweile zum Ladenhüter geworden – nun zum Schleuderpreis zu haben ist.